



Baden-Württemberg

RECHNUNGSHOF
PRESSESTELLE

PRESSEMITTEILUNG

22.07.2024

Rechnungshof: IT-Projekte besser managen und Anwenderseite mitdenken

- ➔ Das Ministerium Ländlicher Raum hat mit dem Projekt „PIA“ die IT-Infrastruktur der Förderprogramme im Agrarbereich modernisiert
- ➔ Das im Jahr 2010 gestartete Projekt hat den Zeit- und Kostenrahmen deutlich überschritten, die Arbeiten daran sind dagegen noch nicht abgeschlossen
- ➔ Das Ministerium sollte die noch fehlenden Inhalte zügig fertigstellen und das Verfahren benutzerfreundlicher gestalten
- ➔ Künftige Projekte sollten fundierter geplant und vorbereitet werden

Karlsruhe/Stuttgart: Die IT-gestützte Abwicklung landwirtschaftlicher Förderprogramme des Ministeriums für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz wurde mit dem Projekt „PIA“ modernisiert.

Bereits 2010 fiel der Startschuss für das Projekt mit dem Ziel, für die EU- Förderperiode ab 2014 ein neues, zeitgemäßes IT-Verfahren bereitstehen zu haben. Nachdem der ursprüngliche Zeitplan nicht gehalten werden konnte, wurde das Projekt 2015 unterbrochen und neu ausgerichtet. Seit 2022 ist es offiziell abgeschlossen. Bis jedoch alle Förderprogramme auf das neue Verfahren umgestellt sind, wird es noch mehrere Jahre dauern. Der Rechnungshof hat Kosten, Durchführung und Ergebnisse des Projekts untersucht.

Das Projekt hat die geplanten Kosten deutlich überschritten. Die ursprünglich mit 10,5 Mio. Euro veranschlagten Sachkosten belaufen sich auf nunmehr über 27 Mio. Euro. Zusammen mit den Personalkosten schlägt das Projekt mit insgesamt fast

50 Mio. Euro zu Buche. Weitere Kosten werden für die vollständige Einbindung der noch fehlenden Förderprogramme sowie den noch einige Jahre notwendigen Weiterbetrieb des Altverfahrens anfallen.

Das Ministerium hat den Projektumfang, der sich insbesondere aus der für Baden-Württemberg spezifischen Agrarstruktur und Förderlandschaft ergibt, unterschätzt. Es führte im Vorfeld auch keine Aufgabenkritik durch. „Vor künftigen Projekten sollte der Leistungsumfang, beispielsweise das Angebot an Förderprogrammen, kritisch hinterfragt sowie vorhandene Abläufe optimiert werden. Insbesondere große Projekte sollten detaillierter geplant und durch ein strukturiertes Vorgehensmodell umgesetzt werden“, äußerte sich die Präsidentin des Rechnungshofs, Dr. Cornelia Ruppert, zu den Ergebnissen der Prüfung.

Während das neue Verfahren aus Anwendersicht zwar grundsätzlich geeignet ist, Förderprogramme korrekt und sicher abzuwickeln, bemängeln die Anwenderinnen und Anwender die Benutzerfreundlichkeit und Systemverfügbarkeit des Verfahrens. Nach eigener Aussage können nur wenige dessen Funktionen gut und sicher anwenden. So ist nur gut ein Viertel der Befragten der Meinung, dass die Bearbeitung im Vergleich zum Altverfahren einfacher wurde. Das Ministerium sollte die Anwenderseite daher beim weiteren Veränderungsprozess stärker einbinden und deren Erfahrungen nutzen. Es sollte außerdem die Systemverfügbarkeit verbessern und zielgruppenspezifische Schulungen durchführen, um ein ausreichendes Know-how sicherzustellen.

Die komplette Denkschrift 2024 als PDF-Dokument, zahlreiche weitere Informationen sowie sämtliche Pressemitteilungen des Rechnungshofs finden Sie im Internet unter:

www.rechnungshof.baden-wuerttemberg.de